

Gütersloh: Kein Mahnmal für Armenier-Genozid



In Gütersloh wollen dort lebende aramäische und assyrische Christen ein Mahnmal zur Erinnerung an den Völkermord an Aramäern/Assyrern,

Armeniern und Pontos-Griechen im Osmanischen Reich während des ersten Weltkrieges errichten. Angedacht war ein schlichtes Holzkreuz. Doch Politiker und Stadtverwaltung in Gütersloh waren von Anfang an dagegen.

Die „Neue Westfälische“ berichtet:

Sie äußerten die Sorge, ein solches Mahnmal könne Unruhe schüren, einen Keil zwischen die Volksgruppen treiben – eine Sorge, die weitere Nahrung erhielt, als sich die Türken meldeten (siehe Zweittext). In einer gemeinsamen Stellungnahme an den Ältestenrat wies die Türkische Gemeinde Gütersloh (Arbeitsgemeinschaft der türkischen Vereine) mit deutlichen Worten auf das Konfliktpotenzials des Themas hin. Auch der türkische Generalkonsul, vor einigen Wochen im Rathaus, machte in einem Gespräch mit Bürgermeister Maria Unger und dem städtischen Integrationsbeauftragten Eckhard Sander aus seiner Ablehnung keinen Hehl.

Der Ältestenrat, dem neben der Bürgermeisterin ihre Stellvertreter und die Vorsitzenden der Ratsfraktionen angehören, nennt für seine Haltung keine Gründe. Unger schreibt lediglich, es sei „von großer Bedeutung, das friedliche Zusammenleben der Menschen in Gütersloh zu fördern und sicherzustellen“. Derzeit lebten hier Menschen aus 116

Nationen friedlich-nachbarschaftlich miteinander. Das wolle man erhalten.

...

Stellungnahme der Türken

Die Türkische Gemeinde Gütersloh sieht „keine rechtliche Legitimation“ für das Mahnmal. In einem Schreiben an den Ältestenrat formulieren die Vertreter der sieben türkischen Vereine, es gebe „bis heute kein international anerkanntes Urteil über diese Begebenheit“, und sie werde „im wissenschaftlichen Diskurs der Historiker international kontrovers diskutiert“. Nicht erwähnt wird dagegen, dass viele Staaten die Ereignisse von damals mittlerweile offiziell als Völkermord anerkannt haben, und auch der Deutsche Bundestag ihn 2005 so benannt und verurteilt hat.

Die türkischen Vereine verweisen darauf, dass, sollte die Stadt dem Antrag der aramäischen Gemeinden stattgeben, auch andere seinerzeit im Osmanischen Reich angesiedelten Bevölkerungsgruppen solche Anträge stellen dürfen; dazu zähle auch die osmanisch-muslimische Gruppe in Anatolien, die damals von Armeniern, Aramäern und Griechen, teilweise in Kooperation mit Alliierten „systematisch verjagt und ermordet wurden“.

Die Stadt Gütersloh müsse sich entscheiden, „ob sie die internationalen Konflikte in einem öffentlichen Raum aufarbeiten lassen will und dadurch Konfliktpotenzial ermöglicht oder ob es für das friedliche Zusammenleben andere unterstützende Maßnahmen ergreift“, so die Vereine. „Wir möchten nicht, dass unsere Kinder und Jugendlichen angefeindet werden, weil sie als 'die' Türken oder Kurden definiert werden. Wir möchten nicht, dass Zwietracht gesät wird und es zu Hassparolen in den aramäischen Gemeinden kommt.“

Geschehnisse wie damals aufarbeiten zu wollen, sei

verständlich, allerdings müsse man das in dem Land tun, wo sie sich ereignet hätten. „Wir empfehlen daher, dass dieser Antrag und auch weitere Anträge, die zu einer Spaltung oder Segregation in der Gütersloher Gesellschaft führen und hierdurch das friedliche Zusammenleben in der Zukunft gefährden, nicht zu bewilligen.“ (ost)

Erstaunlich, dass Mahnmale, die an türkische Verbrechen an Christen erinnern, die „Gesellschaft“ spalten. Gleichzeitig gibt es in Deutschland, Österreich und der Schweiz über 50 sogenannte „Eroberer-Moscheen“, die nach Fatih Sultan Mehmet, den Eroberer und Christenschlächter von Konstantinopel benannt sind. Diese Machtsymbole des türkischen Imperialismus laufen dann wohl unter „kultureller Bereicherung“. Bei Fatih Sultan Mehmet handelt es sich um eine Symbolfigur des extremen türkischen Nationalismus.

Kontakt:

» Bürgermeisterin

Maria Unger (SPD): maria.unger@gt-net.de